



Harald Leibrecht

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede

in der

Lateinamerika- Debatte

(TOP 18)

zu den Anträgen

***SPD – Menschenrechtsschutz im Handelsabkommen der EU mit
Kolumbien und Peru verankern***

***DIE LINKE – Menschenrechte in Kolumbien auf die Agenda setzen –
Freihandelsabkommen EU-Kolumbien stoppen***

DIE LINKE – EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel in Madrid

***DIE GRÜNEN – Klimaschutz und gerechten Handel mit Lateinamerika
und der Karibik voranbringen***

am 6. Mai 2010

im Deutschen Bundestag

Anrede,

Wir sprechen heute Abend über vier Anträge. Zwei davon haben wir bereits vergangene Sitzungswoche debattiert. Meine Kollegin Marina Schuster hat zu dem Antrag der LINKEN zum Thema EU-Lateinamerika-Gipfel und dem Antrag der GRÜNEN zum Klimaschutz und Handel mit Lateinamerika die wichtigsten Aspekte aus liberaler Sicht bereits genannt hat. Daher möchte ich hier nur noch auf die zwei anderen Anträge eingehen.

Einen Satz kann ich mir zum Antrag der LINKEN nicht verkneifen: obwohl ich einiges von Ihren Initiativen mittlerweile gewohnt bin, habe ich mich bei Ihrem Antrag zum EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel wirklich erschrocken; Darüber, wie undifferenziert Sie über die Lage der Menschen in Venezuela und Kuba sprechen und sie als Musterstaaten darstellen und hier frage ich mich wie Sie die Probleme der Misswirtschaft von Hugo Chavez, die politischen Gefangenen und vielfache Menschenrechtsverletzungen – einfach beiseite schieben können. **Sie** sprechen immer von Solidarität und Gerechtigkeit – doch diese Werte scheinen Sie nicht allen Menschen gleichermaßen zugestehen zu wollen. Wenn es Staaten wie Kuba, Venezuela oder China sind, die Menschenrechtsverbrechen begehen, dann legen sie zweierlei Maß an. Dieser politische Doppelstandard; diese Doppelmoral ist unerträglich und widerspricht der Universalität der Menschenrechte.

Nun zum Antrag der SPD zum Thema Menschenrechtsschutz in Handelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru: Es ist natürlich wichtig, kritische Menschenrechtsfragen zu thematisieren. Dies geschieht sowohl für Kolumbien als auch für Peru von Seiten der Bundesregierung und der EU. Bereits in den Verhandlungen für das Abkommen zwischen der EU und Kolumbien bzw. Peru hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, dass es Menschenrechtsverpflichtungen enthält. Auch im Abkommen selbst wurde Wert darauf gelegt, dass der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den geltenden Rechtsstaatsprinzipien Rechnung getragen wird: In der Präambel und in Artikel I ist jeweils ein ausdrücklicher Hinweis auf die Bedeutung der Menschenrechte enthalten. Nur muss auf der anderen Seite ebenso bedacht werden, dass es in einem Handelsabkommen vorwiegend um die Regelung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen geht. Und dass diese

Beziehungen von gleichberechtigten Partnern ausgehandelt werden. Sie sprechen in Ihren Anträgen unisono von dem gewachsenen Selbstbewusstsein der Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Ich stimme mit Ihnen überein, dass es für die jeweiligen Länder wichtig ist, selbstbestimmt über ihre Außenhandelspolitik zu entscheiden. Deshalb ist es aber an uns Europäern zu akzeptieren, dass es auf der anderen Seite auch diesen Staaten obliegt ihre Verträge und Abkommen selbstständig abzuschließen.

Für uns Europäer bietet das Freihandelsabkommen auf der einen Seite die Gelegenheit wichtige Gesprächskanäle offenzuhalten, über die wir gegenüber Regierungen auch Menschenrechtsanliegen kommunizieren können. Dies muss selbstverständlich entsprechend genutzt werden, um die zu Recht kritisierte Menschenrechtslage in Kolumbien und Peru zu verbessern.

Eine Nichtunterzeichnung des Freihandelsabkommens wäre auf der anderen Seite nicht in unserem Sinne, denn dies würde in erster Linie den Wirtschaftssektor treffen und nicht die politische Führung des Landes.

Bezüglich der Menschenrechtslage in Kolumbien, die der Antrag der LINKEN thematisiert, muss ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, korrigieren. Die Bundesregierung hat sich mit Nachdruck in den Verhandlungen für das Abkommen zwischen der EU und Kolumbien dafür eingesetzt, dass es Menschenrechtsverpflichtungen enthält. Die EU bringt im politischen Dialog sowie im kürzlich eingerichteten bilateralen Menschenrechtsdialog mit den kolumbianischen Behörden regelmäßig ihre Menschenrechtsanliegen zum Ausdruck und auch die EU-Kommission hat in diesem Zusammenhang die kolumbianische Regierung auf vermehrte Anstrengungen gedrängt, um bspw. Gewerkschafter und Angehörige von Opferverbänden zu schützen.

Betrüblich finde ich auch, dass in jedem außenpolitischen Antrag Anti-Amerikanismus mitschwingt. Da frage mich tatsächlich, ob Sie überhaupt in der Lage sind ausgewogene Entscheidungen zu treffen oder nicht vielmehr Informationen und Erkenntnisse ignorieren, um Ihrem ideologischen Kompass zu folgen. Das bringt uns in Deutschland als Teil der internationalen Gemeinschaft nicht weiter.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Lateinamerika-Politik sagen. Zu lange ist das Potenzial einer Zusammenarbeit der EU mit Lateinamerika vernachlässigt worden. Ich freue mich, dass unter dieser Bundesregierung das stiefmütterliche Dasein Lateinamerikas in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik beendet wird. Mit dem neuen Lateinamerika-Konzept, das derzeit ressortübergreifend ausgearbeitet wird, unterstreicht die Bundesregierung zudem die neue Kohärenz der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik.

Der Abschluss der Handelsabkommen ist gerade auch für unsere lateinamerikanischen Partner wichtig – natürlich müssen Deutschland und die EU dabei ihren Beitrag leisten und Handelspolitik auch im entwicklungspolitischen Sinne sinnvoll gestalten. Dazu gehören selbstverständlich auch die Reduktion von Zollhemmnissen und der Abbau von Agrarsubventionen.

Natürlich ist dies kein einfaches Unterfangen. Die lateinamerikanischen Staaten sind politisch und wirtschaftlich gesehen sehr divers und stehen vor den unterschiedlichsten Herausforderungen: Armutsbekämpfung, soziale Ungleichheit, der Kampf gegen Kriminalität und Drogen, Klimaschutz *und und und*. Hier müssen wir mit dem Instrument der Entwicklungszusammenarbeit mehr Möglichkeiten für nachhaltige Entwicklung schaffen. Jedes der lateinamerikanischen Länder muss eigenständige Managementprozesse entwickeln, um diese Herausforderungen zu bewältigen – und Deutschland und die EU können und müssen dabei wichtige Partner sein. Auch gerade weil die lateinamerikanischen Staaten zwar den **Willen**, aber noch nicht den **Weg** zu einer funktionierenden regionalen Integration gefunden haben, kann die EU hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.